

## Aus dem Plenum

Das Plenum vom 10. bis 12. November war wohl das zeitintensivste in diesem Jahr. Mit 49 Tagesordnungspunkten und dem Aufruf des letzten Antrages am Donnerstag um 23.30 Uhr haben die Abgeordneten Konzentration und Ausdauer bewiesen.

Zahlreiche Gesetzentwürfe standen zur Diskussion. So wurde u. a. in zweiter Beratung mehrheitlich für das Gesetz zur Änderung des Thüringer Berufsakademiegesetzes gestimmt. Die Berufsakademien Gera und Eisenach blicken mit diesem Gesetz nun einer gesicherten Zukunft entgegen. Vor dem Hintergrund der jünger-

ten Todesfälle durch aggressive Hunde in Thüringen erregte die erste Lesung des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren öffentliche Aufmerksamkeit. Der Gesetzentwurf stuft ausgewählte Hunderassen als besonders gefährlich ein und führt Hürden zur Haltung dieser Tiere ein.

Wichtige Felder der Innenpolitik, die seit längerem kontrovers diskutiert werden, standen ebenfalls im November-Plenum auf der Tagesordnung. So z. B. das Gesetz zur Neufassung und zur Änderung polizeiorganisatorischer Regelungen. Die durch das Innenminis-

terium geplante Polizeistrukturereform in Thüringen wurde in erster Lesung beraten. Ebenfalls auf der Agenda steht der Gesetzentwurf über das Thüringer Kommunalabgabengesetz, der von der Landesregierung eingebracht und nun in den Innenausschuss überwiesen wurde. Die zwei Gesetzesanträge der Oppositionsfractionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zur Aufhebung des Thüringer Erziehungsgeldes wurden von der Regierungskoalition einstimmig abgewiesen. Ebenso wurden die Anträge der Fraktionen FDP und DIE LINKE zur Abschaffung der Stiftung „Fami-

lienSinn“ von CDU und SPD abgelehnt und nicht in die Ausschüsse überwiesen.

Aus aktuellem Anlass befasste sich der Landtag auf Antrag der CDU und der SPD-Fraktion mit den Erdfall in Schmalkalden. Thematisiert wurden der Hergang, die Beseitigung und mögliche Folgen der Naturkatastrophe. Ferner standen die Hilfen für die betroffenen Einwohner Schmalkaldens im Mittelpunkt.

Eine vollständige Übersicht aller Themen ist in der Parliamentsdokumentation unter [www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de) zu finden.

## 20 Jahre Thüringer Landtag

### Konstituierung des Parlaments vor zwanzig Jahren gewürdigt

Im zwanzigsten Jahr der Wiedervereinigung wurde auch der Konstituierung des Thüringer Landtags am 25. Oktober 1990 gedacht. Vertreter der Thürin-

ger Politik fanden sich im Deutschen Nationaltheater Weimar ein, um mit einem Festakt die Gründung des Landesparlamentes vor 20 Jahren zu wür-

digen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel schlug den Bogen vom Jubiläum zur Zukunftsperspektive der parlamentarischen Demokratie im Freistaat „Der 25. Oktober ist für Thüringen von historischer Bedeutung. Heute ist es an uns, die Demokratie in Thüringen zu gestalten. Wir müssen das Demokratiebewusstsein in allen Bereichen der Gesellschaft fördern, denn Demokratie entsteht im Kopf und im



Bild oben v.l.n.r.: Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier und Landtagspräsidentin Birgit Diezel. Vor dem Festakt im Nationaltheater fand ein ökumenischer Gottesdienst in der Weimarer Herderkirche statt (Bild links). Konfirmanden erinnerten mit einer Aktion an den Herbst 1989.

Herzen. Daher müssen wir vor allem die junge Generation für gesellschaftliches und politisches Engagement begeistern. Das ist ein anspruchsvoller Weg. Aber nur so können wir die Demokratie zukunftssicher machen.“ Nach den Ansprachen

von Landtagspräsidentin Diezel und Ministerpräsidentin Lieberknecht hielt der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier, die Festrede. Er plädierte für eine Stärkung der Kompetenzen der Landesparlamente.



## Kurz gemeldet

Ende Oktober statteten gleich zwei Botschafter Landtagspräsidentin Birgit Diezel einen Besuch ab: Am 19.10. besuchte der israelische Botschafter in der Bundesrepublik, Yoram Ben-Zeev, die Landtagspräsidentin. Eine Woche später, am 28.10., folgte der Antrittsbesuch des chinesischen Botschafters Wu Hongbo. +++ Als Festrednerin war Frau Diezel am 29.10. auf der Exmatrikulationsfeier des Bachelor-Jahrgangs 2007 der Berufsakademie Gera zu Gast. +++ Anlässlich der bundesweiten Aktionswoche „Deutschland liest – Treffpunkt Bibliothek“ las Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 29.10. in Zeulenroda aus dem Roman „Schwerelos“ von Ildikó von Kürthy. +++ Seit dem 3. November gastiert die multimediale Wanderausstellung „Martin Luther und der kulturelle Wandel im konfessionellen Zeitalter“ im Foyer des Landtags. Die Ausstellung richtet sich in erster Linie an Schulen und ist noch bis zum 14. Januar zu sehen.

## 9. November – Schicksalstag der Deutschen Buchvorstellung und Podiumsdiskussion im Plenarsaal



Der 9. November ist kein gewöhnlicher Tag. Schwer liegt die Erinnerung an die Pogromnacht in Jahre 1938 über diesem Datum. An diesem Tag erreichte die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten ihren vorläufigen Höhepunkt. „Auch in Thüringen wurden Menschen misshandelt, Fenster zerschlagen, Synagogen in Brand gesteckt“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Diezel. „Schändlich ist, dass kaum jemand dem Unrecht und der Missachtung der Menschenrechte Einhalt gebot. Die brutalen Ereignisse der Pogromnacht am 9. November 1938 müssen uns lehren, niemals wieder wegzusehen, wenn anderen Menschen Unrecht widerfährt.“ So leidvoll der 9. November 1938 war, so befreiend war der 9. November 1989 - ambivalen-

ter ist wohl kein Datum in der deutschen Geschichte. Im Herbst 1989 fiel die Mauer als Folge der friedlichen Revolution und öffnete den Weg zu einem freien und geeinten Deutschland. Der 9. November kann durchaus als Schicksalstag der Deutschen bezeichnet werden. Wie kein zweiter Tag in der Geschichte verdeutlicht er das Schwanken des Landes zwischen den Hoffnungen der Demokratie und den Abgründen der Diktatur. Der Sammelband „Tage der Revolution – Feste der Nation“ von Prof. Dr. Rolf Gröschner (Jena) und Prof. Dr. Wolfgang Reinhard (Erfurt), welcher am 9. November im Thüringer Landtag vorgestellt wurde, hat genau diese Ambivalenz des geschichtsträchtigen Datums zum Gegenstand. Die Autoren sind sich einig, dass Feiertage keine Festtage sein müssen. Der 9. November als ‚Tag des Erinnerns‘ könne zugleich Gedenktag der Pogromnacht von 1938 und Feiertag der friedlichen Revolution von 1989 sein, so die beiden Herausgeber. Dies stellte im Rahmen einer Podiumsdiskussion Staatssekretär Jörg Geibert als Vertreter der Landesregierung in Frage. Aus seiner Sicht würde die Etablierung des 9. November als ‚Feiertag‘ verschiedene Probleme aufwerfen.

## Sozialwahl 2011

Die Vorsitzende des Sozialausschusses Beate Meißner (CDU) machte anlässlich der Ausschusssitzung am 4.11. auf die Sozialwahlen 2011 aufmerksam. „Am 1. Juni 2011 ist es wieder so weit: Über 45 Millionen Versicherte sind aufgerufen, die Selbstverwaltungsorgane der gesetzlichen Sozialversicherungsträger zu wählen“, so Meißner. Bei der Rentenversicherung, der Techniker Krankenkasse, der KKH Allianz und der hkk wählen Versicherte und Arbeitgeber. Bei der BARMER GEK, der DAK und der Hanseatischen Krankenkasse wählen ausschließlich die Versicherten. Die Sozialwahlen ermöglichen sowohl den Versicherten als

auch den Arbeitgebern über die Arbeit der Sozialversicherungsträger mitzubestimmen, da die gewählten Vertreter wesentliche Entscheidungen für die Krankenkassen und die Rentenversicherung treffen. „Die Sozialwahlen sind nach der Europa- und der Bundestagswahl die drittgrößten Wahlen der Bundesrepublik. Dennoch erfahren sie leider nur wenig Aufmerksamkeit seitens der Bürger und der Medien“, sagte Meißner. Die Sozialwahlen finden alle sechs Jahre statt. Wahlberechtigt sind alle Versicherten, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.



## Petitionsausschuss

### Sammelpetition fordert Abschaffung überhöhter Kommunalabgaben

Der Petitionsausschuss beriet in seiner letzten Sitzung über die Sammelpetition der Bürgerinitiative ‚Gegen überhöhte Kommunalabgaben Bad Salzungen‘. Die Petenten fordern die ersatzlose Streichung der Paragraphen, welche den Beitragssatz für Anwohner bei Kommunalabgaben bestimmen (§7, 7a, 7b ThürKAG). Die Petition wurde damit begründet, dass die Nutzung öffentlicher Straßen und leitungsgebundener Einrichtungen, z.B. Wasser- und Abwasserleitungen, zu den selbstverständlichen Daseinsvoraussetzungen aller Bürger in Thüringen gehörten und somit für keine Person einen besonderen Vor-

teil darstellten, der einen Beitragstatbestand begründen könne. Die Finanzierung solcher Einrichtungen sei folglich wegen des allgemeinen Vorteils aus Steuermitteln zu bestreiten.

Der Petitionsausschuss hat das Anliegen an den Innenausschuss überwiesen, da dieser derzeit über den Entwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE eines „Thüringer Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge“ nach der ersten Lesung vom 9. September 2010 berät. Die Sammelpetition liegt nun dem Innenausschuss als Material für die Gesetzesberatung vor.

## Diezel gratuliert neuem Rabbiner der Jüdischen Landesgemeinde

72 Jahre musste die Jüdische Gemeinde in Erfurt auf ihren neuen Rabbiner warten. Am 12. November wurde nun Konstantin Pal, 31 Jahre alt, in sein neues Amt als Rabbiner der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen eingeführt. Landtagspräsidentin Birgit Diezel hieß Pal, der 1989 mit seiner Familie aus Moskau nach Deutschland gekommen war,

herzlich willkommen: „Dass die Landesgemeinde wieder einen Rabbiner hat, zeigt, dass das jüdische Leben in Thüringen wieder erblüht und dass die Angehörigen der Gemeinde mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Darüber freue ich mich sehr. Das jüdische Leben gehört nach Thüringen und ist eine Bereicherung für uns alle“, so Frau Diezel.

## EU-Kommissar Oettinger zu Gast im Landtag



Die Europa-Union Deutschland (EUD) führte am 20.11.2010 ihren 56. Bundeskongress unter dem Motto „Neue Energie für Europa“ im Thüringer Landtag durch, um aktuelle europapolitische Herausforderungen und Fragen der künftigen Entwicklung der Europäischen Union zu diskutieren. Bei der Veranstaltung sprach auch Günther Oettinger (2.v.r.), EU-Kommissar für Energie, zum Thema „Für ein dynamisches Europa“. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (2.v.l.) eröffnete den Kongress mit einem Grußwort. Weitere Teilnehmer waren u.a. Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, der Präsident der EUD, Staatssekretär a. D. Peter Altmaier, MdB (Bild links) sowie der Vizepräsident der EUD, Thomas Mann, MdEP (Bild rechts).

## CDU-Fraktion würdigt ehrenamtliches Engagement



Die CDU-Fraktion ehrte kürzlich wieder Bürger aus allen Teilen des Landes für ihr ehrenamtliches Engagement und ihre Verdienste um das Gemeinwohl. 71 Thüringerinnen und Thüringer nahmen ihre Auszeichnung im Erfurter Kaisersaal entgegen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel hielt den Festvortrag.

## Wichtige Bausteine für die Familienförderung

Die Thüringer Stiftung FamilienSinn und das Landeserziehungsgeld sind wichtige Bausteine der Familienhilfe, Familienbildung und -betreuung und müssen deshalb erhalten bleiben. Darauf machte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Gumprecht, im Plenum aufmerksam.

FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollten mit Gesetzentwürfen die Stiftung und das Erziehungsgeld abschaffen. Die Mehrheit des Landtages lehnte dies ab. „Das bestehende Stiftungskapital soll die Familienförderung unabhängig von der Haushaltslage des Landes absichern“, sagte Gumprecht in der Plenardebatte. Das von der CDU eingeführte Landeserziehungsgeld sei elementarer Bestandteil der familienpolitischen Förderkette im Anschluss an das Bundeselterngeld und müsse deshalb erhalten bleiben.

## Land und Kommune in einer Schicksalsgemeinschaft

### Landtag debattiert über den Finanzausgleich - 2,8 Mrd. Euro vorgesehen

Der Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen soll im kommenden Jahr ein Volumen von 2,8 Milliarden Euro haben. Nach Art. 93 Abs. 1 der Thüringer Verfassung ist der Freistaat verpflichtet, den Kommunen eine angemessene Finanzausstattung zukommen zu lassen. Diese hat sich entsprechend der Rechtsprechung unseres Verfassungsgerichtshofs am kommunalen Finanzbedarf zu orientieren. „Das bedeutet jedoch nicht, dass das Land den Bedarfswünschen der Kommunen voll umfänglich nachkommen kann oder muss. Letztlich sind wir, al-

so das Land und die Kommunen, doch eine Schicksalsgemeinschaft“, sagte der innenpoliti-



sche Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler (Foto), im Ple-

num. Er verwies auf die schwierige Haushaltslage des Landes. Innenminister Peter Huber hatte den Finanzausgleich als fair verteidigt. In der Plenardebatte ging es u.a. auch um die Zusage des Landes, die Mehrkosten der Kommunen durch das neue Kindergartengesetz zu übernehmen. Die Landesregierung versicherte, dass das Versprechen eingehalten werde und das Land die Mehrkosten durch zusätzliche Erzieherinnen komplett finanziere. Das Gesetz soll zusammen mit dem Landeshaushalt voraussichtlich im Dezember beschlossen werden.

## Anstöße zu einer programmatischen Selbstvergewisserung der Union

„Was heißt heute konservativ?“ Diese Frage beantworten die Autoren eines Sammelbandes, den der CDU-Frakti-

tion zu diesem Thema. Zahlreiche Teilnehmer hatten den Wunsch nach einer Veröffentlichung der Vorträge geäußert.

Für Mohring gehört der Konservatismus zur CDU: „Entscheidend ist, diese Wurzeln der CDU nicht nebeneinander oder gegeneinander zu sehen. Wenn die liberale Wurzel für Freiheit und die christlich-soziale für Solidarität steht, dann steht die konservative für den Zusammenhang von Freiheit, Ordnung und Verantwortung. Sie sind aufeinander bezogen und bil-

den gemeinsam das Ganze der Union“, so der Politiker. Informationen zum Buch:

[www.cdu-landtag.de](http://www.cdu-landtag.de)



onsvorsitzende Mike Mohring herausgegeben hat. Er enthält überwiegend Vorträge aus einer Diskussionsreihe der Frak-

## Mike Mohring und Dagmar Schipanski in den CDU-Bundesvorstand gewählt



Die frühere Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski (2.v.r.) und CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring (l.) vertreten Thüringen im Bundesvorstand der CDU. Beide wurden auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe gewählt. Von Amts wegen gehört zudem Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (2.v.l.) dem erweiterten CDU-Präsidium an. Mohring will sich im Bundesvorstand vornehmlich der Themen Aufbau Ost, Haushaltskonsolidierung und Profilstärkung annehmen.

Fraktion.DIE LINKE  
im Thüringer Landtag  
Geschäftsstelle  
Tel.: 0361 37 72295  
Fax: 0361 37 72416  
www.die-linke-thl.de

## Wir brauchen einen Umbau des Landes

**NACHGEFRAGT bei Birgit Keller, haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion**



Heftig diskutiert wird momentan der Planentwurf für den Landeshaushalt 2011. Die LINKE hat die von der Landesregierung vorgelegten Zahlen als „planlos, kraftlos und mutlos“ bezeichnet...

Weil die Thüringer Landesregierung mit diesem Haushalt die völlig falsche Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft gibt. Wir brauchen einen Umbau des Landes. Wir brauchen eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Gebetsmühlenartig wiederholen wir diese Forderung, von der die künftige Handlungsfähigkeit des Landes abhängt.

**Die Linksfraktion drängt auf eine andere Steuerpolitik, thematisiert immer wieder die Einnahmeseite. Warum stößt sie dabei auf diese enorme Ablehnung?**

Wir sind die Einzigen, die die Interessen der Menschen vertreten, die nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen. Die anderen Parteien betreiben Lobbypolitik für Reiche, was auch deutlich wird an den Parteispenden, die diese Parteien erhalten.

Natürlich müssten viel stärker die zur Kasse gebeten werden, die zu den Gewinnern der neoliberalen Umverteilungspolitik von unten nach oben gehören. Uns aber wird im Landtag die sogenannte Millionärssteuer als wenig sinnvoll vorgeworfen. Dabei gibt es in Deutschland etwa 800.000 Millionäre, und über den Länderfinanzausgleich käme eben auch Thüringen in den Genuss einer solchen Steuer. Rechnet man noch andere Steuern, wie die Erbschaftsteuer, dazu, könnten wir in Thüringen mit etwa zwei, vielleicht sogar drei Milliarden Euro zusätzlichen Einnahmen rechnen.

## „Tag des Mahnens, der uns in die Verantwortung nimmt“ Beeindruckende Begegnung mit Frau Avital Ben-Chorin aus Israel

„Der 9. November muss jedes Jahr ein Tag des Gedenkens und des Erinnerns an die während der Zeit des deutschen Nationalsozialismus Millionen ermordeten Juden bleiben. Der 9. November muss aber auch ein Tag des Mahnens sein, der uns Deutsche in die Verantwortung nimmt, nie wieder zuzulassen, dass menschenverachtende Ideologien schleichend Raum in einer Gesellschaft finden“, hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKE Bodo Ramelow betont.

Es war der Fraktion eine besondere Freude und ein beeindruckendes Erlebnis, Frau Avital Ben-Chorin, die sich im Rah-



men der 18. Jüdisch-Israelischen Kulturtag in Thüringen aufhielt, am 10. November im Landtag empfangen zu können (s. Foto). Die Witwe des bekannten Religionsphilosophen Schalom Ben-Chorin, wurde 1923 in Eisenach geboren, ihr Großvater war ein bekannter Arzt in der Stadt. Schon als Schulkind drangsaliert, ging sie schweren Herzens als 13jäh-

nach als Erika Fackenheim geboren, ihr Großvater war ein bekannter Arzt in der Stadt. Schon als Schulkind drangsaliert, ging sie schweren Herzens als 13jäh-

rige allein nach Palästina. Ihre Eltern, ihren Großvater und viele Angehörige und Freunde hat sie in der Shoa verloren. Zusammen mit ihrem Mann hat sie in Israel die erste jüdische Reformgemeinde mitgegründet und viel für den christlich-jüdischen Dialog getan. Sie waren es auch, die die erste israelische Jugendgruppe nach Deutschland gebracht hatten. Nach einem Besuch 1986 in Eisenach und weiteren Begegnungen in Thüringen in den vergangenen Jahren, hatte sie jetzt auch wieder am Gedenken anlässlich der Pogromnacht in Eisenach teilgenommen, das erstmals in der Turnhalle in der Goethestraße stattfand, wo in der Novembernacht 1938 jüdische Männer und Frauen zusammengetrieben worden waren.

## Spitze des Thüringer Rechnungshofs in LINKE-Fraktionssitzung

Es handelte sich um eine Premiere mit einer guten, sachlichen Diskussion, als jetzt die vor acht Monaten neu gewählte Spitze des Thüringer Rechnungshofs in eine Sitzung der Landtagsfraktion der LINKEN gekommen war (s. Foto). Dr. Hans Walter Sebastian Dette, Präsident der unabhängigen Prüfbehörde, und Michael Gerstenberger, erstmals auf Vorschlag der LINKEN gewählter Vizeprä-



sident, der selbst bis zum vergangenen Jahr noch Landtagsabgeordneter war, betonten,

wie wichtig es ist, dass auch die Opposition die notwendigen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen beim Landeshaushalt unterstützt. Spätestens

ab dem Jahr 2013, so der Präsident, dürfe es keine Neuverschuldung geben. „Die Ausgaben müssen, so irgend möglich, gesenkt, die Einnahmen, so irgend möglich, erhöht werden“, betonte Dette und sprach von einem „steinigen Weg“. Dabei müsse jede Aufgabe des Landes „ohne Tabus auf den Prüfstand gestellt“ werden – ganz im Sinne des Sonderberichts des Landesrechnungshofs zur Konsolidierung des Thüringer Haushalts, den Michael Gerstenberger erläuterte.

## Zur Verabschiedung von Innenminister Peter Michael Huber

Am Rande der Landtagssitzung am 12. November gab es eine freundliche Verabschiedung der Linksfraktion für Innenminister Prof. Dr. jur. Peter Michael Huber, der am Vortag vom Richterwahlausschuss des Bundestages zum Richter am Bundesverfassungsgericht gewählt worden war. Der Fraktionsvorstand – im Foto Bodo Ramelow, Martina Renner und Birgit Klaubert – gab ihm ein besonderes Kfz-Kennzeichen, das auch an eine andere besondere Geschichte erinnert, LINKEN Rotwein nebst passendem Fraktionsbeutel und vor allem gute Wünsche mit auf den Weg nach Karlsruhe. „Natürlich haben wir in sehr vie-

len Fragen politisch andere Ansichten“, sagte Bodo Ramelow, „aber Prof. Huber hat einen neuen Stil mitgebracht und sich stets respektvoll gegenüber der

parlamentarischen Opposition verhalten. Er war an vielen Punkten gesprächsbereit und das hat ihn positiv von seinen CDU-Amtsvorgängern abgehoben“.



## SPD-Fraktion feierte 20. Geburtstag



In Weimar - dort, wo sich vor 20 Jahren der erste Thüringer Landtag konstituierte - feierte die SPD-Fraktion mit ca. 180 geladenen Gästen aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft ihren 20. Geburtstag. Bundestagsvizepräsident Dr. Wolfgang Thierse beleuchtete in seiner Festrede die Rolle der SPD in der einzigartigen Aufbruchzeit vor und nach 1989. Christoph Matschie, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Mitglied der SPD-Fraktion, ließ in seiner Ansprache ganz persönliche Erinnerungen Revue passieren.

Fürs Erinnerungsfoto nahmen Heiko Gentzel (Fraktionsvorsitzender von 1999 bis 2004), Festredner Dr. Wolfgang Thierse, Dr. Gerd Schuchardt (Fraktionsvorsitzender von 1990 bis 1994), Frieder Lippmann (1994 bis 1999), Christoph Matschie (2004 bis 2009) und der derzeitige Fraktionsvorsitzende Uwe Höhn Aufstellung.

Foto: Fraktion



Die Journalistin Gerlinde Sommer von der Thüringischen Landeszeitung im Gespräch mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse.



Dorothea Marx, justizpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, im Gespräch mit Frank Ulrich, dem Cheftrainer Nachwuchs im Biathlon des Deutschen Skiverbandes.

## SPD-Fraktion erinnert an verfolgte und ermordete jüdische Mitbürger

Anlässlich der Gedenkfeiern zur Reichspogromnacht 1938 hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Uwe Höhn, zu Wachsamkeit gegenüber Rechtsextremisten aufgerufen. „Auch in Thüringen wurden 1938 Synagogen zerstört, Geschäfte geplündert und jüdische Mitbürger misshandelt sowie ins KZ verschleppt“, so Höhn. „Diese Menschen - Opfer von Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung - sind nicht vergessen“, so Höhn. „Die Pogromnacht und

deren schreckliche Folgen halten uns aber auch vor Augen, dass wir bei unserem Einsatz für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft nicht nachlassen dürfen. Das ist die wichtigste Lehre, die wir aus den Ereignissen von damals ziehen müssen.“

Höhn betonte, dass die Landesregierung mit dem Landesprogramm für Toleranz, gegen Rechtsextremismus, ein deutliches und wichtiges Signal setze. „Ich setze auf eine breite Unterstützung für den

jetzt vorliegenden Entwurf.“ Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die jüngste Debatte, die derzeit über Migration und Islamismus in Deutschland geführt wird, mahnt der SPD-Fraktionsvorsitzende: „Wir sollten diese schwierige Debatte mit Bedacht führen: Sie darf nicht zu Ausgrenzung und Schwarz-Weiß-Malerei führen.“ Umso erfreulicher sei es, dass sich in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt wieder eine lebendige jüdische Gemeinde etabliert habe.

## Blick in die Zukunft zeigt dramatische Einnahmeverluste

Von einer „erfreulichen Entwicklung“ spricht SPD-Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde mit Blick auf die Zahlen der November-Steuerschätzung. „Vor einem Jahr - mitten in der Krise - hätte man eine solch positive Entwicklung nicht für möglich gehalten. Aus Sicht der SPD-Fraktion müssen diese Mehreinnahmen 2011 aber komplett zur Reduzierung der Neuverschuldung verwendet werden“, sagt Pidde.

Die jetzt prognostizierten Mehreinnahmen dürften nicht darüber hinweg täuschen, dass dem Freistaat durch die bis zum Jahr 2020 komplett auslaufenden Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und durch die zurückgehenden Investitionsmittel des Bundes und der EU mehr als 2 Milliarden Euro an Einnahmen entzogen würden. „Das wird durch zusätzlich eingenommene Steuern nicht zu kompensieren sein. Deshalb ist der eingeschlagene Konsolidierungskurs die richtige Entscheidung“, so der Finanzpolitiker.

## Matschie lobt Berufsakademien

Breite Zustimmung im letzten Plenum fand ein Gesetzentwurf der Landesregierung zur Zukunft der Berufsakademien. „Schwächen, die der Landesrechnungshof 2008 gerügt hat, sind nun endgültig ausgeräumt“, sagte Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) im November-Plenum. Sowohl die Akademie in Gera als auch die in Eisenach erhalten im kommenden Jahr außerdem mehr Geld. Damit soll die Zahl der Professoren-Stellen erhöht werden. Die gekoppelte Ausbildung in den Berufsakademien - berufliche und betriebliche Ausbildung laufen parallel - bezeichnete der Bildungsminister als Erfolgsmodell.



## Für transparente Hebesätze Kommunen nicht nötigen, den Bürgern noch tiefer in die Tasche zu greifen

„Hebesätze müssen transparent, nachvollziehbar und rechtskonform ermittelt werden“, forderte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Dirk Bergner in einer Aktuellen Stunde im Thüringer Landtag.



Bürgermeister Dirk Bergner im Rathaus Hohenleuben

Auf Antrag der FDP-Fraktion debattierte das Landesparlament das Thema „Voraussichtliche Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer aufgrund der vom Land angenommenen fiktiven Steuerhebesätze“.

Mit der willkürlichen Festsetzung fiktiver Hebesätze schaffe die Landesregierung große Verunsicherung bei den Bürgern und den Kommunen, erklärte Bergner. „Es mutet zynisch an, wenn die Landesregierung sagt, die Kommunen müssten ja die Hebesätze nicht erhöhen, wenn im selben Atemzug die fiktiven Hebesätze genutzt werden, um drastisch die Zuweisungen zu kürzen.“ Dies sei ein erheblicher Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Städten und Gemeinden in benachteiligten ländlichen Räumen werde die Möglichkeit genommen, diese Nachteile durch angemessene Hebesätze abzufedern. „Das Ergebnis ist Gleichmacherei statt Wettbewerb, wobei die Vorteile den benachteiligten Räumen vorenthalten bleiben.“ „Anstatt de facto die Kommunen zu nötigen, den Bürgern noch tiefer in die Tasche zu greifen, muss der Freistaat seine Hausaufgaben machen, vor der eigenen Tür kehren und seinen aufgeblähten Bürokratie-Apparat auf das notwendige Maß reduzieren“, so Bergners abschließende Forderung.

## Landtag erkennt erlittenes Unrecht an Zustimmung zum Entschließungsantrag der FDP-Landtagsfraktion

Einstimmig haben die Abgeordneten des Thüringer Landtages zum Abschluss der 37. Plenarsitzung den ersten Teil eines FDP-Antrags „Konsequenzen aus Misshandlungen und anderem Unrecht in Kinder- und Erziehungsheimen in Thüringen“ angenommen. „Wir wollen damit ein Zeichen an die Betroffenen senden, dass sie nicht vergessen sind. Eine Anerkennung des Leids, eine Entschuldigung bei den Opfern geht jedem Prozess voraus, der Wunden heilen soll“, so der sozialpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marian Koppe in der Debatte.

In dem Entschließungsantrag heißt es: „Der Thüringer Landtag sieht und erkennt erlittenes Unrecht und Leid an, das Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Kinder- und Erziehungsheimen zwischen 1945 und 1989 widerfahren ist, und bedauert dies zutiefst. Auch in Thüringen waren Kinder und Jugendliche insbesondere in den damaligen Jugendwerkhöfen und Spezialheimen von Misshandlungen betroffen.“

Die Landesregierung wird in dem Antrag, der in seinen weiteren Punkten zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden ist, aufge-

fordert, an der Aufklärung von erlittenem Unrecht mitzuwirken. Sie soll sich weiter für eine angemessene Beteiligung der DDR-Opferverbände an den runden Tischen auf Bundes- und Landesebene einsetzen und

haben, sich an die entsprechenden Stellen zu wenden und an der Aufklärung der Verhältnisse in DDR-Kinderheimen mitzuwirken. „So gelingt es uns gemeinsam, die Betroffenen zu rehabilitieren und ihnen ein Stück ihrer



Marian Koppe und Fraktionschef Uwe Barth im Gespräch mit den Vertretern des VOS

dem Landtag schriftlich über die wissenschaftliche Aufarbeitung sowie über die Tätigkeit der runden Tische berichten. Außerdem fordert die FDP Informationen der Landesregierung über Möglichkeiten der konkreten Hilfe bzw. Entschädigung der Opfer. Die aktive Aufarbeitung unter Einbeziehung Betroffener erleichtere zudem weiteren Geschädigten die bisher aus Scham oder Angst geschwiegen

Würde zurückzugeben“, hofft der Sozialexperte der FDP-Fraktion. Dass der FDP-Antrag wichtig und sachgerecht ist, zeigt die Unterstützung durch den größten SED-Opferverband. Die „Ver- einigung der Opfer des Stalini- mus e. V.“ hatte während der Landtags- sitzung mit einer Mahnwache vor dem Thüringer Landtag ihre Unterstützung für das Anliegen des Antrages dokumentiert.

## „Kahlschlag in der Bildungslandschaft verhindern“

### 1.600 Unterschriften zum Erhalt der Schulen in freier Trägerschaft übergeben

Vor der Landtagsanhörung zum Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft haben Elternvertreter der Integrativen Grundschule und der Michaelisschule Bad Lobenstein der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion Franka Hitzing einen Brief mit 1.600 Unterschriften von Bürgern der Region übergeben. Die Unterzeichner fordern darin die Abgeordneten des Thüringer Landtages auf, „einen Kahlschlag in der Bildungslandschaft zu verhindern und für die Gleichstellung freier und staatlicher Schulen zu stimmen“. Franka Hitzing versicherte den Elternvertretern, mit ganzer Kraft dafür einzutreten, dass die geplante Gesetzesänderung nicht zu einer weiteren finanziellen Benachteiligung der Schulen in

freier Trägerschaft führe. „Mit der Integrativen Montessori- orientierten Grundschule und der Michaelisschule/Förder- schule Bad Lobenstein wehren sich Eltern von verschiedenen

tern weisen in ihrem Schreiben nachdrücklich auf die Bedeutung dieser Schulen für den Erhalt der Bildungschancen ihrer Kinder hin. „Die Entscheidung, unsere Kinder auf genau diese Schulen zu schicken, war wohlüberlegt“, so die Elternvertreter. Sie ermöglichen eine bessere individuelle Förderung eines jeden Einzelnen und das tägliche Erleben der sozialen Integration von behinderten und gesunden Kindern. „Solche ausgezeichneten, zukunftsweisenden pädagogischen Konzepte müssen ihren Platz in der Thüringer Bildungslandschaft behalten“, fordert deshalb auch die liberale Abgeordnete.



Lehrerin Franka Hitzing mit den Unterschriften aus Bad Lobenstein

von den geplanten Kürzungen und Umstrukturierungen des Landes betroffenen Schultypen gemeinsam“, zeigte sich Hitzing erfreut über das bürgerliche Engagement. Die El-

Trotz der kritischen Haushaltslage des Landes dürfe nicht zulasten der Kinder, der Schwächsten in der Gesellschaft, gespart werden, bekräftigte Hitzing.

## Flughäfen – mit Emotionen überlastet

„Kaum ein Verkehrsmittel ist so mit Emotionen überladen wie das Flugzeug“, meint Jennifer Schubert, Verkehrsexpertin der bündnisgrünen Fraktion. Es scheint für viele Menschen noch immer der Inbegriff von Freiheit und Fortschritt zu sein.

Der Flugplatz Altenburg-Nobitz ist dafür das bekannteste Beispiel. Denn da der internationale Flughafen Leipzig-Halle gerade einmal 60 Kilometer entfernt liegt, ist die wirt-

schaftliche Entwicklung der Region auch ohne die ehemalige sowjetische Landebahn denkbar. Statt den 17 Millionen Euro, die seit 1994 als Zuschüsse nach Nobitz geflossen sind, noch weitere Millionen folgen zu lassen, sollte die wirtschaftliche Entwicklung des nordöstlichen Zipfels des Freistaats gefördert werden.

Umso unverständlicher ist es für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass weiterhin 250 000 Euro pro Jahr an Zuschüssen an

die Flughafengesellschaft in den Haushalt eingestellt werden. Doch letztlich ist Linienflugverkehr in Thüringen, emotionslos betrachtet, nicht wirtschaftlich und nicht notwendig. Wer fliegen will, kann dies in Leipzig, Frankfurt oder Nürnberg tun.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb die Einstellung sämtlicher Subventionen an Flughafen-Betreibergesellschaften – auch für Erfurt.



*Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tagte der Landwirtschafts- und Umweltausschuss zur Situation der Milchwirtschaft in der HERZGUT Landmolkeerei Schwarz. Zuvor besichtigten die Ausschussmitglieder die Agrar GmbH „Steinerne Heide“ Großgeschwenda (Foto). Dort informierte sich der landwirtschaftspolitische Sprecher Dr. Frank Augsten über das innovative Fütterungskonzept in der Milchviehanlage des Agrarbetriebes, das ohne den Einsatz von gentechnisch verändertem Soja-Futtermittel auskommt.*

## Verpasste Chance

Die Landesregierung will die Erwachsenenbildung zur vierten Säule im Bildungssystem aufwerten, kürzt aber gleichzeitig die entsprechenden Mittel im Landeshaushalt 2011.

„Das ist nicht nur widersprüchlich, sondern zeigt, dass grundlegende Zusammenhänge nicht verstanden werden. Wir meinen, Gesetz und Finanzierung müssen zusammen gedacht werden“, sagt Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag. „Mit der Novellierung des Erwachsenenbildungsge-

setzes wurden viele Chancen verpasst. Planungs- und Rechtssicherheit sind mit dem im Gesetz festgeschriebenen Finanzierungsvorbehalt für die Erwachsenenbildung keineswegs gegeben. Die Anzahl der Unterrichtsstunden zur Anerkennung von Volkshochschulen ist im Vergleich mit den Bedingungen für freie Träger noch zu niedrig. Wir befürchten, dass die Volkshochschulen durch die Kommunen und Landkreise finanziell schlechter ausgestattet werden und sehen freie Träger mit dieser Regelung erneut benachteiligt“, so Astrid Rothe-Beinlich

weiter. „Mit dem neuen Gesetz und angesichts der Sparvorschläge der Koalition werden die Gestaltungsmöglichkeiten der Einrichtungen existenzbedrohend eingengt. Die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten in der Erwachsenenbildung werden sich weiter verschlechtern. Die Verantwortung des Landes für Erwachsenenbildung nimmt weiter ab. Wir werden bei den anstehenden Haushaltsberatungen daher beantragen, die Finanzierung wieder auf das Niveau von 2010 anzuheben“, schließt Astrid Rothe-Beinlich.

Gorleben scheint weit weg zu sein, doch der aktuelle Castor-Transport ins Wendland spielte auch im Thüringer Landtag eine Rolle. Denn wir können nicht so tun, als hätte die Atompolitik der Bundesregierung nichts mit dem Freistaat zu tun.

50 000 Menschen haben gegen den Castor demonstriert und damit gezeigt, dass die Nutzung der Atomenergie von der Gesellschaft abgelehnt wird. Die Laufzeitverlängerung der AKW kommt allein den vier Energieriesen zugute und geht auf Kosten künftiger Generationen. Zudem wird die Entwicklung der Erneuerbaren Energien gefährdet. Atomstrom untergräbt die lokale Wertschöpfung und setzt Arbeitsplätze aufs Spiel. Andererseits spüren wir gerade in Thüringen noch immer die Folgen des jahrzehntelangen Uranabbaus. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine Neubewertung der ehemaligen Wismut-Standorte dringend geboten. Ebenso bleiben wir an der Aufklärung der Großquellentransporte durch den Freistaat. Wir müssen umsteuern – hier und jetzt.

Anja Siegesmund,  
Fraktionsvorsitzende

## Gefährliche Hunde

Der Entwurf des „Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren“ der Landesregierung hat zu einer kontroversen Diskussion geführt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben viele Zuschriften von TierfreundInnen, Tierschutzorganisationen und Hundehalterverbänden erreicht. Sehr verständlich, denn wenn es um „den besten Freund des Menschen“ geht, schlagen die Emotionen hoch. Thüringen hatte sich als einziges Bundesland bislang gegen die Einführung einer Rasseliste ausgesprochen. Die beiden tragischen Vorfälle im Freistaat mit zwei Todesopfern haben

allerdings dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Die bündnisgrüne Fraktion hat lange Pro und Contra einer Rasseliste abgewogen und sich letztendlich dafür ausgesprochen. „Denn es gibt Tiere, die bereits aufgrund ihrer Anatomie potenziell so gefährlich sind, dass eine Reglementierung der Haltung erforderlich ist“, sagt der innenpolitische Sprecher Dirk Adams. Auch müssen unterschiedliche Ansprüche bezüglich der Haltungsvoraussetzungen gelten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Einführung einer Rasseliste auch als Chance, die Hunde der aufgeführten Rassen zu schützen.



*Mit einer Torte verabschiedete die bündnisgrüne Fraktion den Innenminister, der an das Bundesverfassungsgericht wechselt: Anja Siegesmund, Prof. Dr. Peter Huber und Astrid Rothe-Beinlich (v.l.)*

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
[www.bueb.thueringen.de](http://www.bueb.thueringen.de)  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: [buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de](mailto:buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de)

Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR  
[www.thueringen.de/tlstu](http://www.thueringen.de/tlstu)  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: [tlstu@t-online.de](mailto:tlstu@t-online.de)

Thüringer Landesbeauftragter  
für den Datenschutz  
[www.thueringen.de/datenschutz](http://www.thueringen.de/datenschutz)  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Verantwortlich:**  
Dr. Rainer Kipper

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
Thüringer Druckhaus  
Gast & Frisch GmbH,  
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch über  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004

[pressestelle@landtag.thueringen.de](mailto:pressestelle@landtag.thueringen.de)  
[www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de)



## Die Bürgerbeauftragte

### Regionalseminar der Ombudsleute

Vom 7. bis 9. November 2010 fand in Innsbruck das 7. Regionalseminar des Europäischen Verbindungsnetzes der Ombudsleute statt. Die Veranstaltung wurde vom Landesvolksanwalt von Tirol, Dr. Josef Hauser, mit dem Europäischen Bürgerbeauftragten, Prof. Dr. P. Nikiforos Diamandouros, vorbereitet und durchgeführt. Schwerpunktthemen waren die Rolle der regionalen Ombudsleute sowie

neueste Entwicklungen im Bereich des EU-Umweltrechtes.



Einige Bürgerbeauftragte be- richteten aus ihrer täglichen

Arbeit. Auch die Bürgerbeauf- tragte von Thüringen ging in ihrem Vortrag auf praktische Fallbeispiele von Bürgeranliegen ein, in denen es um Umweltthemen ging. Es wurde im Ergebnis allgemein eingeschätzt, dass die Veranstaltung wertvolle Anregungen für die eigene Arbeit gegeben hat. Dies betraf sowohl die Redebeiträge als auch den Erfahrungsaustausch.

Einige Bürgerbeauftragte be- richteten aus ihrer täglichen Arbeit. Auch die Bürgerbeauf- tragte von Thüringen ging in ihrem Vortrag auf praktische Fallbeispiele von Bürgeranliegen ein, in denen es um Umweltthemen ging. Es wurde im Ergebnis allgemein eingeschätzt, dass die Veranstaltung wertvolle Anregungen für die eigene Arbeit gegeben hat. Dies betraf sowohl die Redebeiträge als auch den Erfahrungsaustausch.

## Der Datenschutzbeauftragte

### Herbstkonferenz der Datenschutzbeauftragten

Am 3. und 4. November 2010 fand in Freiburg die 80. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder unter Vorsitz von Baden-Württemberg statt. Mit Sorge wurde von den Teilnehmern die Tendenz registriert, dass die Informationssysteme der Sicherheitsbehörden zunehmend in Volltextsysteme umgewandelt werden. Dies hat zur Folge, dass z. B. auch Bürger elektronisch recherchierbar werden, die bisher in Akten nur beiläufig genannt wurden und nicht selbst Zielperson sind. Damit werden aber verfassungsrechtlich gebotene Vorkehrungen zum Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, wie z. B. die vorherige Ein-

schränkung der Recherche auf bestimmte Datenfelder, nicht ausreichend umgesetzt. Seit Anfang 2010 sind Neubauten und renovierte Gebäude mit so genannten Smart Metern auszurüsten, die den Energieverbrauch im Sekundentakt aufzeichnen können, somit sensible Verbrauchswerte wie Strom und Gas erfassen und dadurch Einblicke in die Lebensgewohnheiten der Betroffenen gewähren. Diese Verfahren müssen so ausgestaltet werden, dass die Grundrechte auf informationelle Selbstbestimmung und Unverletzlichkeit der Wohnung nicht beeinträchtigt werden. Die Bundesregierung will den Datenschutz mit Hilfe einer Stiftung Datenschutz, die u. a.

Produkte und Dienstleistungen auf Datenschutzfreundlichkeit prüfen soll, stärken. Die Datenschutzbeauftragten unterstützen dieses Ziel unter der Voraussetzung, dass die Stiftung ihre Aufgaben unabhängig von den Daten verarbeitenden Stellen und der IT-Wirtschaft wahrnimmt. Überdies kann die Stiftung nur solche Aufgaben übernehmen, die nicht ausschließlich den Datenschutzbeauftragten zugewiesen sind. Von der Konferenz wurden u. a. zu den o. g. Themen Entschließungen verabschiedet. Diese und die Pressemitteilung zur Konferenz sind unter [www.thueringen.de/datenschutz](http://www.thueringen.de/datenschutz) zu finden.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Jürgen-Fuchs-Literaturseminar 26. – 27. November 2010

Eine Veranstaltung der Geschichtswerkstatt Jena mit Unterstützung der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen, der Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt, des Collegium Europaeum Jenense der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen und der Deutschen Gesellschaft e. V. Berlin.

Das Literaturseminar findet zu Ehren und im Gedenken an den Dissidenten und Schriftsteller Jürgen Fuchs statt. Im

Literaturseminar soll u. a. untersucht werden, welche Bedeutung die unangepasste Literatur zu DDR-Zeiten hatte und wie sie sich in Gegenwart und Zukunft einordnen lässt. Die SED versuchte, die öffentliche Sprache in der DDR zu kontrollieren, schrieb den Medien die Verwendung bestimmter Worte und Wendungen vor, verbot mißliebige Begriffe. Viele DDR-Literaten suchten einen Weg zwischen Anpassung und Widerspruch, nur wenige fanden eine widerständige Sprache. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.

Schirmherrin der Veranstaltung ist die Präsidentin des Thüringer Landtags Birgit Diezel.

*„Eigentlich wollte ich nur Gedichte schreiben über die Liebe, über die Natur“*

Jürgen Fuchs

**Veranstalter:**  
Geschichtswerkstatt Jena

**Veranstaltungsort:**  
Friedrich-Schiller-Universität  
Fürstengraben 1, 07743 Jena  
Hauptgebäude, Hörsaal 24,  
Aula und Aula-Foyer